

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

54. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstag: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 19. August 1916

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Berammlungs-, Bergnützungsinferale usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 95

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Stilles: Eingehränkter Papierverbrauch und Papierpreisreglung. II.—IV.

Korrespondenzen: München.

Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Gewerkschaften und Parteipolitik. — Gemeinsame Lohnforderungen der Bergarbeiter. Die Lage der mobilisierten italienischen Metallarbeiter. — Diskussionen freier Preisbildung. — Kleinhandel-Einkaufsvereine.

Abrechnung des Verbandshalters und Profithauszug aus den Vorstandssitzungen im ersten Quartal 1916.

Abrechnung der Zentralinvalidenkasse i. L. für erstes Quartal 1916. Die Tätigkeit der paritätischen Tarifarbeitsnachweise im zweiten Quartal 1916.

Eingehränkter Papierverbrauch □ □ und Papierpreisreglung □ □

II.

Sichtlich der leidlichen Ernährung wurde die Neuorientierung in der Kartoffelfrage zu einem gründlichen Fiasko. Kriegsernährungsamt und Reichskartoffelstelle trugen mit ihren neuen Maßnahmen den Produzenten in weissem Maße Rechnung und mußten doch zu ihrem Schrecken wahrnehmen, daß sie trotzdem ihre Rechnung ohne die unbedenkliche Profitgier der größeren Kartoffelerzeuger und der beteiligten Interessenten gemacht haben. Es hat ein kräftiges Blätterrauschen angehoben, auch Stadtfabrikanten scheuten nicht vor gesprochenen Selbstigkeiten zurück. Mit der geistigen Ernährung, die wir in Nr. 89 hierzu in Parallele stellen, ist es so auch gekommen, wie am Schlusse des ersten Artikels von uns vermutet wurde: die Preisreglung für Zeitungspapier hat zugunsten der Erzeuger staffgefunden!

Durch Bekanntmachung des Reichskanzlerstellvertreters vom 31. Juli d. J. ist mit sofortiger Wirksamkeit eine Reichsstelle für Druckpapier gegründet worden, die sich nur mit der Reglung des Verkehrs und der Preise für Zeitungspapier zu befassen hat. In dieser Reichsstelle sollen bestimmungsgemäß „unter Vorsitz eines Reichskommissars Vertreter der Hersteller von Druckpapier und der Verleger von Tageszeitungen in gleicher Zahl sitzen“. Aus der „Zeitschrift“ vom 8. August erfährt man Näheres über diese Zusammensetzung: Regierungsrat Rühle vom Reichsamte des Innern als Regierungskommissar, Direktor Reiß (Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe), Direktor Müller („Germania“, Berlin), Direktor Reuther (Verband deutscher Druckpapierfabrikanten), Fabrikbesitzer Methner in Ziegenhals als Mitglieder. Lehgsenannter ist der Vorsitzende des erst kürzlich mit dem Sitz in Berlin gegründeten Vereins der ringfreien Zeitungspapierfabrikanten; ein an sich begriffenwertes organisierte Gegengewicht zum diktatorischen Druckpapierverband. Die Zeitungverleger wären nach dieser Aufzählung in der Reichsstelle nicht gleichmäßig vertreten, denn Direktor Reiß war vordem weder Zeitungsherausgeber noch ist er eigentlicher Zeitungsfachmann. Es mag aber sein, daß der Leiter „der durch den Verein Deutscher Zeitungverleger neugegründeten Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe G. m. b. H.“, wie es in der Sondernummer des „Zeitungsvorlages“ vom 22. April d. J. hieß, als Repräsentant dieser von der Zeitungverlegerorganisation mit Genehmigung des Reichsamts des Innern geschaffenen Institution zur Ausführung der dem Reichskanzler am 18. April vom Bundesrat übertragenen Befugnisse berufen und mit der Wahrnehmung

der Zeitungverlegerinteressen in der Reichsstelle beauftragt worden ist.

Diese Reichsstelle für Druckpapier hat sogleich am 1. August eine Bekanntmachung über die Preisreglung für Zeitungspapier erlassen, die jedoch erst ein paar Tage darauf in den Blättern veröffentlicht worden ist. Es wird dadurch bestimmt, daß für das zum Druck von Tageszeitungen verwendete maschinenglatte, holzhaltige Papier auf die am 30. Juni 1915 gegoltenen sogenannten Friedenspreise ein Aufschlag zu zahlen ist von 15 Mk. für Rollen- und von 17 Mk. für Formatpapier für 100 kg. Wenn die Lieferung vom Lager eines Papierhändlers erfolgt, so kann dieser einen weiteren Aufschlag von 5 Proz. berechnen. Die Rabattsätze bei sofortiger Bezahlung wie die Aufschläge bei späterer Rechnungsbegleichung werden genau festgelegt und zum Schlusse wird diese Preisreglung auf die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1916 begrenzt.

Die Bekanntmachungen der Reichswirtschaftsstellen haben, wenn sie von Preisfestsetzungen handeln, die Eigenschaft, daß sie erst erläutert werden müssen, um allgemein verstanden werden zu können. Selbst Fachleute finden sich da nicht so leicht zurecht. In unserm Fall und nach unserer Information liegt die Sache so: 100 kg gewöhnliches Zeitungspapier kosteten nach den Friedenspreisen 21,50 Mk. franko Druckerei geliefert. Am 1. September 1915 erhöhten die Papierfabrikanten trotz der bestehenden Abschlüsse den Preis auf 22,25 Mk., am 1. April 1916 auf 26,25 Mk. und am 1. Juli gar auf 34,25 Mark. Der gegen diese andauernden und starken Schröpfungen unternommene Sturmangriff hat nun ein ganz merkwürdiges Resultat gezeitigt: die Preise für Zeitungspapier sind durch die Reichsstelle am 1. August auf 36,50 Mk. heraufgesetzt worden! Die Erhöhung gegen die sogenannten Friedenspreise macht also 15 Mk. oder rund 70 Proz. aus. Tatsächlich ist sie aber noch um einiges größer. Mit der Lieferung franko Druckerei hat es nunmehr seinen Haken. Der Durchschnittspreis von 36,50 Mk. bezieht sich nämlich auf den Berliner Maß. Zeitungverleger in ungünstiger gelegenen Orten haben einen der Bracht entsprechenden höheren Preis zu bezahlen. Dann ist durch Bekanntmachung des stellvertretenden Reichskanzlers vom 25. Juli die zur Bestreitung der Unkosten der Kriegswirtschaftsstelle für das Zeitungsgewerbe vorgeschriebene Abgabe seitens der Bezahler — was die Fabrikanten und die Händler zu entrichten haben, vermochten wir noch nicht zu entdecken — von 5 Pf. für 100 kg vom 1. August an auf 10 Pf. erhöht worden. Aus der am 5. Mai im „Zeitungsvorlag“ gewissermaßen in Aussicht gestellten Ermäßigung dieser Abgabe ist mithin das gründliche Gegenteil geworden. Es wird also zutreffen, daß, wie wir auf Erkundigung erfuhrten, die Verteuerung für Zeitungspapier seit der Zeit vor dem Kriege 75 Proz. beträgt. Es dürfte eher noch etwas mehr sein, wenn die von uns erwähnten preisfestsetzenden Momente schon in ihrer vollen Wirkung berechnet werden könnten. Außerdem steht auch noch dahin, was nach dem 1. Oktober wird.

Die Reichsstelle für Druckpapier wie unmittelbar auch die Kriegswirtschaftsstelle für das Zeitungsgewerbe sind Einrichtungen zum Zwecke der Verhinderung von Preistreibern wie der Versorgung mit Papier, was unter den Verhältnissen, wie sie sich bisher entwickelt hatten, namentlich für die mitt-

leren und kleineren Blätter zu einer Lebensfrage geworden war. Der letztere Umstand dürfte wohl erreicht werden, ob jedoch durch die nun getroffene Preisfestsetzung Anlaß zur Befriedigung gegeben ist, möchten wir füglich bezweifeln. Die Papierfabrikanten und -händler haben vielmehr ihren Standpunkt durchgedrückt. Freilich könnte indirekt auch von ein-tretendem Preisabstache gesprochen werden. Nach einer Bekanntmachung der Zeitungverlegerorganisation vom 2. August wird nämlich die Kriegswirtschaftsstelle allen Verlegern von Tageszeitungen auf das im dritten Quartal 1916 bezogene, „zum Druck von Tageszeitungen nachweislich verbrauchte und dem Lieferanten bezahlte maschinenglatte, holzhaltige Druckpapier einen bestimmten Betrag vergüten“. Es sind das verlockende Wege, aber wunderbar ist ja in kriegswirtschaftlicher Beziehung heutzutage so vieles! Welche materielle Wirkung das auf den Geldbeutel der Zeitungverleger haben wird, die der um 100 Proz. mehr nehmenden und gleichzeitig nun rückvergütenden Kriegswirtschaftsstelle tributpflichtig sind, kann erst nach dem 1. Oktober in Erscheinung treten.

III.

Man sollte meinen, nach den vielen und kräftigen Entladungen während der letzten Monate über die Deutzezüge der Papieragrarier müßte nunmehr entweder ein Teufelsdonnerwetter losgebrochen oder ein Aufatmen der Erleichterung durch die Presse gegangen sein. Beides ist eingetreten, aber in der einen wie der andern Richtung nur recht vereinzelt. Das macht die Preisreglung für Zeitungspapier noch ein Teil rätselhafter!

Das Organ der Zeitungverleger hatte noch in der am 11. August erschienenen Nummer kein näheres Wort in diesen schwierigen Dingen gefunden. Außer den amtlichen Bekanntmachungen konnte man nur einer ganz kurzen Notiz vom 4. August anmerken, daß überhaupt etwas vor sich gegangen war auf dem Gebiete, das seit langem erbitterte Kämpfe gesehen hat. Es wird darin gesagt, die Geschäftsstelle des Vereins deutscher Zeitungverleger habe den Mitgliedern über das Ergebnis der Verhandlungen in der Papierpreisfrage am 3. August durch Rundschreiben berichtet. Daran knüpft sich noch die Bemerkung, die Papierfabrikanten beiderlei Richtung hätten der Regierung gegenüber erklärt, sie könnten und würden die den einzelnen Verlegern im dritten Vierteljahre zustehenden Papiermengen liefern. Wenn das offizielle Organ der Hauptinteressenten in der für sie niemals lebenswichtigsten Frage nichts weiter bzw. nicht mehr in der Öffentlichkeit zu sagen weiß, so kann für diese Zurückhaltung nicht wohl ein erzielter Erfolg die Triebfeder sein. Der in Mannheim erscheinende, die Interessen der Papierverarbeitenden Industrien wahrnehmende „Deutsche Papiermarkt“ ist auf die den Lebensmittelwucherern so ebenbürtigen Papiererzeuger und -händler gar nicht gut zu sprechen, von dem Ausfalle der Preisreglung zeigt dieses Blatt sich jedoch offen befreudigt. Es meinte in seiner Nummer vom 8. August: „Die Preisschraub ohne Ende hat endlich ihr Ende erreicht“, „mit einem Ruck ist der Druckpapierpreis in seiner schwindelnden Höhe bis auf 39 Pf. für Rotationsdruck und auf 47 Pf. für satiniert Zeitungsdruk herabgestürzt worden.“ Diese Feststellung stimmt nicht mit den Zahlen überein,

die uns auf zweierlei Weise bekanntgeworden sind. Der Durchschnittspreis ist, wie auch aus der vorausgehenden im einzelnen veranschaulichten Preisentwicklung hervorgeht, niedriger festgelegt worden; nach unseren Informationen liegt darin aber eine nochmalige Erhöhung, während das Mannheimer Blatt von einem viel höheren, nicht genannten Preise bis jetzt ausgeht und nun eingetretene Verbilligung konstatiert. Im Gegensatz zu der kurzen Mitteilung des „Zeitungsvorlagers“ spricht der „Deutsche Papiermarkt“ von zu erwartenden Preisvereinbarungen seitens der Papierfabrikanten und -händler, von denen schon Stimmen laut geworden seien, daß sie unmöglich zu den festgesetzten Preisen liefern könnten. Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ ist zwar nicht näher auf die vorgenommene Preisregulierung für Zeitungspapier eingegangen, spricht aber (Nr. 57 vom 8. August) von einer „sich bereits bemerkbar machenden Gesundung hinsichtlich der Papierpreise“ und verweist auch auf die von Dr. Franz Allstein in Berlin, dem Vorsitzenden des Vereins von Verlegern illustrierter Zeitschriften, abgegebene Erklärung, daß die Papierpreise ihren Höhepunkt erreicht bzw. schon überschritten hätten. Nach dem bislang zu hören Gewelonen erregt dieser schnelle Umschwung Verblüffung. Die „Zeitschrift“, die in der gleichen Nummer noch einen Bericht über eine am 2. August abgehaltene Prinzipalsversammlung in Dresden bringt mit einer geharnischten Resolution gegen den „bestehenden Preiswucher“, scheint sich zuviel zu versprechen von den behördlichen Verordnungen gegen Kriegspapier. Daqu liegt nach der Mehrzahl der Erfahrungen gar kein Anlaß vor; für unsere Verhältnisse soll es sich überhaupt erst erweisen, ob man bessere Mittel und Wege findet als in anderen Sachen. Bei der Regelung des Zeitungspapierpreises als erstem Versuch ist, wie schon erwähnt und noch zu sagen sein wird, das Sonderbarste die Unklarheit, was eigentlich dabei herauskam. Die „Spandauer Zeitung“ und einige andre mittlere Blätter durchliefen nämlich in den ersten Tagen des August eine Notiz, daß wohl ein Einheitspreis rückwirkend vom 1. Juli an festgelegt worden sei, der aber, „wie anderweitig bereits bekannt wurde, leider noch über demjenigen Preise liegen wird, der im allgemeinen für das zweite Vierteljahr 1918 von dem Druckpapierhändler erhoben wurde“. Das entspräche also unserer Auffassung. In der „Frankfurter Tagespost“ (Münchberg), in der „Rheinischen Zeitung“ (Köln) und jedenfalls in noch etlichen sozialdemokratischen Organen wurden unter der Überschrift „Eine sonderbare Kriegswirtschaftsstelle“ Ausführungen gemacht, die die zahlenmäßige Steigerung der Preise für Zeitungspapier von Etappe zu Etappe genau erkennen lassen und dadurch einen nochmaligen Aufschlag für das dritte Vierteljahr 1918. Diese Ziffern und ihr Endergebnis decken sich mit unseren vorausgehenden Darlegungen. Der Artikel bezieht auch dem Zeitungsvorlegerverein, in dessen Vorstande „kaufte Verleger erster Güte“ säßen, den Schuldenanteil an dem Ausfalle der amtlichen Preisregulierung nicht zu knapp. Die Tagespresse hatte, unbeschadet der Richtung, ein sonst nicht zu beobachtendes gleiches und tätiges Interesse an den Vorgängen im Papierfach und im Zeitungsgewerbe genommen, jetzt aber wurde ganz indifferent und sehr kurz mitgeteilt, was der amtliche Vorkauf der Preisregulierung besagt. Auch bei der Fachpresse, soweit die Ausnahmen nicht schon genannt wurden, die nämliche Wortknappheit.

Es ist der Presse im allgemeinen also kein gutes Zeugnis auszusprechen, sie hat in ihrer eigenen Angelegenheit ziemlich weit versagt. Wäre mit der Preisregulierung wirklich ein Fortschritt erzielt worden, hätte das ebenso unzweideutig ausgesprochen werden müssen wie auch beim Mißlingen des ersten Versuches dazu, der bei seiner Wiederholung durch eine sachgemäße Kritik nur hätte aussichtsvoller werden können. So besteht eine Unklarheit, die schon blamabel genannt werden muß.

Es hat wohl im Willen aller Interessenten gelegen, daß Höchstpreise und Sicherungen für Zeitungspapier geschaffen worden sind. Seit dem Herbst sind dahingehende Bestrebungen zu verzeichnen. Am 9. April d. S. hat auch schon eine Landeskonferenz der bayrischen Sozialdemokratie Schritte bei der Reichsregierung verlangt, damit der Zeitungsumfang

keine Einschränkung erfahre, die Verschleuderung von Papier nach dem Ausland aufhöre und durch Höchstpreise in den agrarischen Gepllogenheiten der Papierproduzenten Schluß gemacht werde. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat dann am 19. Juni in größerer Eingabe an den Reichskanzler auf die Entwicklung der Dinge im Zeitungsgewerbe verwiesen (durch die neuerliche Preisgestaltung würden „zahlreiche Zeitungsunternehmen dem Ruin entgegengetrieben werden“) und darum ersucht, „die Versorgung der Zeitungen mit Druckpapier zu angemessenen Preisen durch eine Bundesratsverordnung sicherzustellen.“ Es wurde zu diesem Zweck empfohlen:

1. Festlegung von den Gewinnungskosten entsprechenden Höchstpreisen für alle zur Herstellung von Druckpapier erforderlichen Roh- und Hilfsstoffe;
2. Festlegung von Höchstpreisen für Druckpapier, die hinter den zur Zeit gezahlten zurückbleiben, sie jedenfalls unter keinen Umständen überschreiten;
3. Sicherstellung der erforderlichen Produktion von Druckpapier und Regelung des Verbrauchs.

Der Reichsverband der Deutschen Presse wandte sich um die nämliche Zeit ebenfalls an die Reichsleitung und lenkte in seinen Darlegungen des Reichskanzlers Aufmerksamkeit auf „die verhängnisvollen Wirkungen, die die überhohe Steigerung der Druckpapierpreise für das deutsche Zeitungswesen zur Folge hat, und damit auch für die Berufsarbeit der Redakteure und Journalisten und die Interessen der Allgemeinheit“. Einzelvereine der Zeitungsvorleger hatten bereits häufig mit oder ohne eine bestimmte Adresse ihr Herz erleichtert durch verschiedene Stellungnahmen gegen den abschneidenden Papierwucher, als die Hauptorganisation am 4. Juni auf ihrer Jahreshauptversammlung auch dazu schritt. Festgehalten zu werden verdient die Äußerung eines namhaften Verlegers, daß von den Papierfabrikanten sich eine erhebliche Zahl mit der Anfertigung von gewöhnlichem Zeitungspapier nicht mehr befassen wolle, da sie bei der Herstellung von feinerem Papier noch mehr profitierten. Die mit Einstimmigkeit angenommene Resolution spricht von einer „ungeheuerlichen Verteuerung der Herstellungskosten“, wie sie durch die angekündigte (und auch vollzogene) weitere Steigerung der Papierpreise hervorgerufen werden würde. Der Reichskanzler wurde unverzüglich um Maßnahmen ersucht, die geeignet erscheinen, „durch Eingreifen der Staatsgewalt die drohende Katastrophe vom deutschen Zeitungsgewerbe abzuwenden“. Mitte Juni hatte darauf die Reichsregierung unter Anerkennung der Wichtigkeit der Tagespresse für die Öffentlichkeit die Zulieferung gegeben, „das benötigte Zeitungsdrukpapier auf der derzeitigen Preisgrundlage soweit als möglich sicherzustellen“.

Das wäre in bezug auf das Zeitungspapier die vorherige Stellungnahme der Organisationen gewesen. Nach dem 1. August ist außer der anscheinend auf dem Zirkularweg erfolgten Information der Zeitungsvorlegerorganisation noch nichts bekannt geworden, was von Seiten der Vereine bzw. deren Vorstände als Meinungsäußerung angesehen werden könnte, ob nun durch die behördliche Preisregulierung der bevorstehende Ruin oder die drohende Katastrophe vom Zeitungsgewerbe abgewendet oder ob noch von verhängnisvollen Wirkungen der überhöhen Druckpreise zu sprechen ist. Auch das muß bestranden an, wenn schon die Äußerung der Zeit dafür als Entschuldigung gelten kann. Nach der einen oder der andern Richtung muß jedoch hier noch eine Klärung eintreten.

IV.

Die Redakteure und Journalisten haben sich in der Eingabe des Reichsverbandes der Deutschen Presse ihrer Haut gekehrt, für das in großer Zahl in den Zeitungen beschäftigte technische und sonstige Personal ist kein Wort gefallen; es sei denn, daß die Angestellten und Arbeiter in die düsteren Zukunftsbilder so ipso eingeschlossen wurden. Der sozialdemokratische Parteivorstand ließ freilich nach der Feststellung, daß selbst bei dem verringerten Kriegsbedarf die Preispolitik des Verbandes der Druckpapierfabrikanten für die Parteipresse eine jährliche Mehrausgabe von 2 $\frac{1}{2}$ Mill. Mk. bedingen würde, die Bemerkung in seiner Eingabe an den Reichskanzler einfließen:

Da die Mäster nicht in der Lage sind, zugunsten der Papierfabrikanten ihre Einnahmen beliebig zu erhöhen,

müßten sie an den Kriegsunterstützungen für die Familien ihrer im Felde stehenden Arbeiter und Angehörigen, für welchen Zweck sie bisher bereits insgesamt über 800 000 Mk. aufgewendet haben, und an den infolge der schrecklichen Lebensmittelteuerung so dringend notwendigen Feuerungszulagen sparen, um ihr ferneres Erscheinen zu ermöglichen.

Man ersieht daran, wie verschiedenlich und vor allen Dingen wie schädigend die Rückwirkungen der Preisausartungen für Zeitungspapier auch für die Gehilfen- und die Arbeiterchaft werden können. Es wird sich, da die Frage der Preisregulierung ja nicht mit dem Zeitungspapier erledigt ist, sondern weitergreift, doch notwendig machen, daß hier eine direkte Stellungnahme der Organisation eingeleitet wird. In andern Fällen ist das früher geschehen — wir erinnern nur an die geplant gewesene Ineratensteuer —, jetzt handelt es sich um eine weit wichtigere Angelegenheit; auch betreffs des Zeitungspapiers darf noch nicht das letzte Wort gesprochen sein.

Man muß bedenken, es ist mit der Kontingenzierung des Papierverbrauchs und der daraus folgenden Umfangbeschränkung allein nicht getan. Weiben die Preise auf ihrer ungerechtfertigten Höhe bestehen — und die unbestreitbare Verteuerung um 75 Proz. gegen die Friedenszeit ist zweifellos unberechtigt —, dann sind die Zeitungsvorleger in die Zwangslage verlegt, auf alle mögliche Art noch extra zu sparen. Große Zeitungen haben ihren Mitarbeitern schon Anweisung erteilt, sich an den sogenannten Kriegsstil zu gewöhnen. Die sächsischen Zeitungsvorleger haben die Raumbökonomie bereits auf die Ziehungslisten der Staatslotterie ausgedehnt, indem nur noch die Gewinne von 500 Mk. aufwärts veröffentlicht werden. So reiht sich eine Maßnahme an die andre; natürlich wird dabei auch über das Ziel geschossen. Die eine Wirkung ist aber allen gemeinsam: nicht nur an Raum, sondern auch an Arbeitskräften wird gespart.

Es läßt sich noch nicht absehen, in welchem Maße durch die behördlichen Verordnungen und die geschäftlichen Anordnungen die Arbeitslosigkeit wieder zurückkehren wird. Aber man kann als sicher annehmen, daß sich nicht nur die geistigen Anstrengungen zwecks Beschaffung von Gehilfenersatz gänzlich erübrigen werden; es wird vielmehr den Organisationsleitungen von neuem Sorge bereiten, wie die Arbeitslosen unterzubringen sind. Da müssen wir uns mehr rühren, haben erhöhtes Interesse an der Tätigkeit der Kriegswirtschaftsstelle für das Zeitungsgewerbe und ihrer Beiträge zu nehmen, und brauchen uns nicht zu genieren, durch an gewissen Stellen vielleicht unangenehm empfundene Grabarbeiten dafür zu sorgen, daß erst einmal Klarheit kommt darüber, was denn das positive Ergebnis der erstmaligen amtlichen Instruktion bei der Zeitungspresse ist.

Das Prinzipalsoppositionsblatt „Deutsche Buchdruckerwehr“ hat mit Nr. 4 (1. August) sein Erscheinen eingestellt, weil nach einer abgedruckten Verfügung des Oberkommandos in den Marken „mit Rücksicht auf die gegenwärtig erforderliche weitgehendste Sparlichkeit mit Druckpapier und Rohstoffen die Genehmigung zur weiteren Herausgabe der „Buchdruckerwehr“ nicht erteilt werden kann“. Diese Maßnahme ist schon am 11. Juli ergangen und dürfte den Buchdruckerwehrmännern, speziell Dr. Dießel als Spiritus rector, nicht einmal ganz unerwünscht sein, wie ja merkwürdigerweise eingangs der genannten Verfügung auf einen nicht näher erwähnten Antrag der Lindendruckerei in Berlin Bezug genommen wird. Dieses tatsächlich überflüssige Moritsblatt kann sicherlich verschmerzt werden, es stehen mehr und höhere Werte auf dem Spiele, wenn der unsauberen Sucht nach unbeschränktem Profit nicht gründlich Einhalt geboten werden kann.

Die „Zeitschrift“ hat am 8. August neben ihrer auf einmal recht optimistischen Betrachtung der Dinge auch der Frage die Stelle insofern umgehängt:

Im letzten Voraussetzungen zu begegnen, muß betont werden, daß es sich bei den Erscheinungen auf dem Papiermarkt in keiner Weise um eine eigentliche Papiernot handeln kann. Die unerquicklichen Zustände, die sich jetzt allenthalben zeigen, haben ihren Grund in der Hauptfache teils in einer auf Erzielung höherer Preise hinauslaufenden Zurückhaltung der vorhandenen Papiermengen seitens der Papierhersteller (Fabrikanten und Händler), teils in den sogenannten Anschlägen, zu denen man sich in Verbraucherkreisen verhalten lieh. Es ist erwiesen, daß alle angefragten Papiere in genügender Menge vor-

händen sind, wenn man nur der unaufhörlichen Preistreibererei sich willfährig zeigt.

Das dünkt uns sehr wertvoll und gut verwendbar sowohl gegen die agrarischen Papieronkels als auch gegen amtliche Maßnahmen, die nicht genügend Rücksicht auf das Setzungs- und das Buchdruckgewerbe als die Verbraucherkreise erkennen lassen.

Damit sei einstweilen ein sehr schwerwiegendes Thema abgebrochen, das den „Korr.“ nicht zuletzt auch im Gehilfeninteresse noch weiter beschäftigen wird.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

-ff. München. Auf eine 50jährige Berufstätigkeit konnte am 8. August unser Kollege Ludwig Obermeier zurückblicken. Der 64jährige Jubilar trat am 8. August 1866 in München in die Weiß'sche Universitätsdruckerei, jetzige Firma Olbrich, als Setzerlehrling in die Lehre. Bald nach Beendigung seiner fünfjährigen Lehrzeit ergriff er den Wanderstab, konditionierte in verschiedenen größeren Städten Deutschlands und kehrte später wieder nach seiner Vaterstadt zurück, um dort sein ständiges Domizil zu nehmen. Seit 25 Jahren steht der Jubilar in der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz in Kondition, davon über zehn Jahre als Korrektor, und zählt so dorfselbst zu den sogenannten Alten, geachtet und geschätzt von seinen Mitkollegen, die seinen Buchdrucker-ehrentag auch nicht vorübergehen lassen, ohne dessen zu gedenken und dem Jubilar die Glückwünsche zum Ausdruck zu bringen. Seitens der Mitgliedschaft geschah dies durch Kollegen Dreiholz, der ihm auch das übliche Gaudium (50 Mk.) überbrachte. Den jetzigen ersten Zeitverhältnissen und einem speziellen Wunsche des Gefeierten entsprechend, wurde von einer besonderen Feier abgesehen, sein Arbeitsplatz jedoch war in einen Blumenhain verwandelt, was den Jubilar sichtlich erfreute. Bei der 1891er. Bewegung verstand es der Gefeierte, in ungenüßiger Weise mit Jubiliensnahme bemittelter anderer Personen, dem kollektiven Drang und der Zuversicht des damaligen gewerkschaftlichen Sieges folgend, die Kriegskasse aufzufüllen, wie er auch sonst in jeder Beziehung für den Verband, den er seit 8. März 1885 angehört, reges Interesse zeigte. Mögen dem noch sehr rüstigen Jubilar, der sich, nebenbei bemerkt, außer eines sehr guten Humors und, wie er stets seinen Kollegen gegenüber besonders betont, sich noch immer eines „jungen Herzens“ erfreut, noch viele Jahre besser Gesundheit und ein ruhiger Lebensabend beschieden sein!

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Johannes Kälper und Ernst Grömdke (Samburg), Walter Brumme (Leipzig), Paul Redhammer (München), Mojosius Czjrowski (Pelpin [Wespr.]) und Otto Knoche (Lippstadt i. W.). Damit haben bis jetzt 1894 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Gewerkschaften und Parteipolitik. In Nr. 82 nahmen wir unter der Stichmarke „Reichskanzler und Gewerkschaften“ von einer Unterredung zwischen dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien, und dem deutschen Reichskanzler Notiz. Diese Unterredung ging nun der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ vollständig gegen den Strich. Dem Reichskanzler schreibt sie wegen seiner objektiven Haltung folgende Stillsitzen ins Stammbuch: „Dah der gegenwärtige Vektor der Reichspolitik sich mit dem Vorsitzenden der Generalkommission der freien Gewerkschaften in dieser Weise ausspricht, ist schon an sich ein bedeutungsvolles und charakteristisches Ereignis. Aber auch der Inhalt der von ihnen und drüber erfolgten Äußerungen bietet in vieler Beziehung recht interessante Einblicke und Ausblicke. Das schöne Wort des Kaisers, er kenne keine Parteien mehr, scheint der Kanzler auf den bekanntesten Fall der Gewerkschaftsfrage angewandt zu haben, indem er offenbar die Erklärung abgeben wollte, er kenne keine verschiedenen Gewerkschaften mehr! Aber der höchste Beamte des Reichs scheint, mit Verlaß zu bemerken, die eigentliche Natur der einzelnen Gewerkschaftsgruppen wirklich nicht gut zu kennen, wenn er es selbst unter den heutigen Umständen für möglich hält, eine einheitliche Arbeiterorganisation herbeizuführen. . . . Man kann sich denken, daß Herr Legien, als er auf diesen freundlichen Vorschlag mit einem glatten „Nein“ antwortete, ein bißchen geschmunzelt hat, selbstverständlich nur innerlich! Wenn aber Legien zur Begründung anführte, daß die deutschen Gewerkschaften, wie es ganz richtig ist, unter dem Einflusse politischer Parteien entstanden seien, und daß „dieser lebendige politische Einflus erhalten bleiben müsse“, so wird man sich ein so offenes und ehrliches Bekenntnis genau zu merken haben. . . . Sollte es einige Wahrscheinlichkeit, daß sich die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaftler der Richtung Wünnig anschließen, so wäre unter Umständen der Kartellgedanke des Reichskanzlers doch einer gewissen Verwirklichung fähig. Aber man wird eben befürchten müssen, daß wenigstens für weite Kreise die radikale Richtung, die Richtung Gaale usw., noch immer einen starken Einfluß behält. . . . Weiß aber der Reichskanzler genau, daß in diesem Zweckverbande die gemäßigste, verständliche

Richtung dominieren wird? Muß man nicht auch mit der Möglichkeit, fast möchten wir sagen Wahrscheinlichkeit rechnen, daß die Radikalisten den Ausschlag geben, und daß, wenn eine Einigung zustande käme, sie unter dem Zeichen des ausgeprochenen Klassenkampfes, des offenen Widerstandes gegen die herrschenden und wahrlich gut bewährten Einrichtungen des Staates und der Gesellschaft stehen würde? Ebenfalls scheint es stark vertriebt zu sein, wenn man schon heute, für es aus diesen oder aus jenen Gründen, eine solche „Neuorientierung“ anzubahnen sucht. Vorläufig fehlt es noch durchaus an Beweisgründen dafür, daß die Haltung der freien Gewerkschaften und ihre Stellung zur sozialdemokratischen Partei durchgängig eine Form angenommen hätte, die als erste Voraussetzung dienen müßte, wenn die von manchen optimistischen Sanguinikern angeführte neue Politik ohne Schaden für die Gesamtheit in Angriff genommen werden sollte! Es ist sehr rührend anzusehen, wie sich die Herren in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ um Sorgen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre geehrten Köpfe zerbrechen. Aber es ist auch lehrreich für die Arbeiter selbst. Denn die geäußerten Besorgnisse und Andeutungen gewisser „Richtlinien“ lassen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erkennen, daß sich für sie weder das eine noch das andre scheidet. Daß sie gut daran tun, der Auffassung, daß gewisse parteipolitische Gründe an ihrer Wiege Gewerkschaft gestanden haben, keinen unbedingten Wert beizulegen, sondern nie aus dem Auge verlieren, daß in Wirklichkeit wirtschaftliche Gründe weit schwerer ins Gewicht fallen, als es sich für die verschiedenen Berufsgruppen darum handelte, besondere Organisationen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bilden. Bei uns Buchdruckern z. B. steht es vollständig außer Frage, daß unser Verband nun parteipolitischen Grundrunden oder Theorien und Beschlüssen unabhängig ist. Ausschlaggebend für unsere gewerkschaftliche Tätigkeit sind lediglich die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen, soweit sie mit unserm Gewerbe und Berufsleben in Verbindung stehen. Nach deren Gestaltung durch parteipolitische Förderung oder Semmung richtet sich dann bei jedem denkenden Menschen Sympathie oder Gegenrichtung für oder gegen politische Parteien. Es liegt also lediglich an den letzteren, ob sie aus diesem Zusammenhang irgendwelche Schlussfolgerungen für sich und ihren Einfluß auf ihre Mäherchaft ziehen wollen. Das alles bedingt aber für praktische Gewerkschaftsarbeit keine grundsätzliche Bindung an parteipolitische Programme, sondern läßt ihr völlig freie Hand nach jeder Richtung. Denn jede politische Partei kann auf die Dauer nur um so besser bestehen, als ihre Ziele und Wege mit den wirtschaftlichen Grundlagen des Volkslebens sich in bestmöglicher Übereinstimmung befinden. Aus diesem Zusammenhänge der Dinge parteipolitische Strukturen unserer Gewerkschaftsbewegungen abzuleiten, ist theporetische Spielerei; möge dies nun rechts oder links geschehen. Wir bleiben in der Mitte mit der Parole: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns! Das war schon vor dem Kriege so und wird auch nach dem Kriege nicht anders sein können.

Gemeinsame Lohnforderungen der Bergarbeiter. Die vier Bergarbeiterorganisationen, der Alldeutsche Bergarbeiterverband, der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter, die Polnische Berufsvereinigung und der Kirch- und Wanderschere Gewerkschaften, haben eine Eingabe an den Scherensverband und den preußischen Handelsminister gerichtet, in der gebeten wird, eine angemessene Erhöhung der Gehalts- und Schichtlöhne vorzunehmen und die niedrig Entlohneten, besonders auch die Tagesarbeiter, am meisten zu berücksichtigen.

Die Lage der mobilisierten italienischen Metallarbeiter. Vor einiger Zeit erstand der italienische Metallarbeiterverband eine Abordnung an das Kriegsministerium, die den Unterstaatssekretär für das Munitionswesen Dall'olio die Beschwerden unterbreitete, die auf dem Verbandswege von den mobilisierten Mitgliedern geäußert worden waren. Der Unterstaatssekretär wurde darauf hingewiesen, daß einfache Vergehen, die Arbeitsverhältnisse, meist ohne weiteres den Militärgerichten zur strengen Aburteilung überwiesen würden, statt, wie seinerzeit bekanntgegeben, dem Mobilisierungskomitees. Auch Disziplinarfälle werden von den Instrukteuren unter Umgehung der Mobilisierungskomitees einfach den Militärgerichten überwiesen, die so Organe zur rückständigen Durchführung der Fabrikanordnungen werden. Einfache Vergehen, wie ungebührendes Wegbleiben, wurden mehrfach mit mehreren Jahren Gefängnis bestraft. Auch die vom Verbandswege gerügten Lohnverhältnisse der mobilisierten Arbeiter, die schlechte Bezahlung der Frauen und jugendlichen mitarbeitenden Arbeiter, deren Tarif dem militärischen Dienstgrad angepaßt wird, wurden dem Unterstaatssekretär vorgebracht.

Fluktionen freier Preisbildung. Ein beliebtes Steckenpferd Richard Calwers ist es bekanntlich, die Höchstpreispolitik als die Grundursache aller Übel auf dem Lebensmittelmärkte hinzustellen. Besonders schlagfertige Argumente glaubt dieser Wirtschaftsforscher nun aus der gegenwärtigen Kartellmiserie ziehen zu können. In seiner „Arbeitsmarktkorrespondenz“ führt er sein Urteil in dieser Frage folgendermaßen zusammen: „Die Verbraucher wundern sich über die hohen Preise für Frühkartoffeln, die doch in so großen Mengen nach den Städten gebracht wurden, daß der augenblickliche Bedarf sie gar nicht aufnehmen kann. Da müßten doch die Kartoffeln billiger werden. Dieser Wunsch nach billigeren Kartoffelpreisen ist verständlich, aber er ist nicht so einfach zu erfüllen. Die Preise regeln sich eben heute nicht mehr wie früher nach dem Angebote der Erzeuger und dem Bedarfe der Verbraucher, sondern sie werden beherrschend, und zwar obendrein noch für längere Zeit im voraus festgesetzt. Gerade mit Rücksicht auf die Verbraucher hat man die hohen Preise der

Frühkartoffeln für die Erzeuger festgesetzt. Dadurch wurden die Landwirte angeregt, viel Frühkartoffeln anzubauen und sie bis zu dem Termin abzuliefern, an dem noch der höchste Preis gezahlt wurde. Da jeder Wettbewerb der Landwirte bei der beherrschenden Festsetzung der Preise ausgeschlossen ist, so entfiel fast zur nämlichen Zeit überall auf dem Land ein Wettrennen, um die Kartoffeln schnellstens in die Städte zu liefern. Die Landwirte haben ihrer Pflicht Genüge getan, aber die städtischen Verbraucher sind wiederum nicht zufrieden. Sie finden nicht nur die Preise sehr hoch, sondern sie meinen auch, daß die Qualität der bisher abgelieferten Frühkartoffeln sehr zu wünschen übrig lasse. Die Behörde hat es mit ihren Anordnungen gut gemeint, die Landwirte haben ihr Bestes getan und das Resultat ist wieder eine Enttäuschung der städtischen Verbraucher, in deren Interesse die ganzen Anordnungen getroffen worden sind. Als man noch nicht unter dem Höchstpreisystem lebte, da vollzog sich die Preisbildung auf dem Markte wesentlich anders. War eine Ware knapp am Markte, so stieg ihr Preis zunächst dort, wo sie gerade fehlte, so steigen an. Dieses Steigen bewirkte, daß die Ware an die Orte, wo die Preise stark in die Höhe gingen, besonders schnell und ausgiebig hinfloß, bis dort ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage eintrat. Aus dem Wettbewerb der Erzeuger und Händler, den günstigsten Preis für ihre Ware zu erhalten, ging ein Ausgleich in den Schwankungen und Spannungen zwischen Angebot und Nachfrage hervor. Dieser Ausgleich ist beim Höchstpreisystem total ausgeschlossen. Wohl müssen die Preise von Zeit zu Zeit hinaufgesetzt werden, um der Erzeugung wenigstens einen künstlichen Anreiz zur Steigerung zu schaffen, aber sehr selten wird es möglich sein, die Preise herabzusetzen. Den Landwirten gegenüber kann man mit einer Herabsetzung nicht kommen, da man ja im voraus den Erzeugerpreis fest bestimmt hatte. Wenn freier Kaufverkehr herrschen würde, dann würde der Preis für Frühkartoffeln wohl auch sehr hoch hinaufgegangen sein, aber eben so schnell würde er sich wieder gesenkt haben, nachdem der nötige Bedarf der Städte gedeckt war. Unter dem Höchstpreisystem gibt es einen solchen Ausgleich nicht, kann es nicht geben, und deswegen müssen die Verbraucher sich mit dem Pressen abfinden, die nun einmal von obenherunter festgesetzt werden. Bei dieser Preisfestsetzung kommt es dann nur allzu leicht vor, daß das ganze Preisniveau dauernd auf einer ganz ungesunden und unberechtigten Höhe gehalten werden muß. Von Anbeginn an setzte man die ersten Höchstpreise schon falsch an, die erste Erhebung hatte aber gleich viele andre im Gefolge, so daß schließlich ein Ausweg aus dem Labyrinth der künstlich festgesetzten Preise gar nicht mehr möglich war. Wir sind noch keineswegs am Ende der schlimmen Erfahrungen mit dem Höchstpreisystem. Je länger es anauert, desto nachteiliger auf Verteilung und Erzeugung sind seine Wirkungen. Es ist ganz verkehrt, die Ursache der Ernährungsschwierigkeiten nur in der englischen Blockade suchen zu wollen. Gewiß, durch sie mühten Ernährungsschwierigkeiten entstehen, aber sie konnten nicht bis zu der Höhe und dem Umfang anschwellen, den wir heute feststellen müssen. Auch die ungenügende Ernte des Jahres 1915 reicht nicht hin, um diesen Umfang und diese Schärfe zu erklären. Vielmehr trägt die Verletzung des bisherigen Kaufverkehrs durch das Höchstpreisystem eine große Schuld an den fehlenden Verlegenheiten der städtischen Bevölkerung. Aber gerade die Verletzungen der städtischen Bevölkerung waren es ja auch in der Hauptsache, die am frühesten und heftigsten das System begehrt, unter dem sie am meisten und heftigsten zu leiden haben sollten.“ Diese Darlegungen sind nach unserer Auffassung zum größten Teile sehr widerprüchlich und irreführend. Wo z. B. die Rücksicht auf die Verbraucher sein soll, wenn die Höchstpreise für Frühkartoffeln belinde doppelt so hoch als in Friedenszeiten festgesetzt werden, das verstehen wir nicht. Sie sind ein Vorteil für die Erzeuger, für die Kartoffelbauern, und ein Nachteil für die Verbraucher. Der elgige Nutzen hätte die Bauern von selbst zum stärkeren Anbau von Frühkartoffeln veranlaßt, wenn sie statt 100 Proz. nur etwa 25 Proz. Mehreinnahme gehabt hätten und wenn sie nicht die Kostung hätten haben können, daß die famose nach oben statt nach unten gleitende Preisfall für Spätkartoffeln ihnen ein weiteres Schröpfen des Geldbeutels der Städte ermöglichen würde. Calwer gibt dies zwar selbst zu, indem er hohe Preise für Frühkartoffeln auch bei freier Preisentwicklung annimmt. Aber er trübt die Käufer seiner teuren Preisbalkenkartoffeln mit dem Sinken des Preises, wenn die Städte ihren Bedarf gedeckt haben. Daß diese Senkung des Preises nach Deckung des Bedarfs der Städte volkswirtschaftlich gar keinen oder nur noch einen sehr relativen Wert haben kann, da ja die Käufer die hohen Preise für ihren Kartoffelbedarf schon bezahlt haben, wird bei dieser Auffassung ganz überflüssig. Und wer schreibt denn den Erzeugern vor, daß sie ihre Erzeugnisse nur zum Höchstpreise und nicht darunter verkaufen dürfen? Jedenfalls doch nicht der bewußte patriotische Geist, der dem deutschen Volke das Durchhalten erleichtern soll! Nach unserer Auffassung liegt das Grundübel der ganzen Misere auf dem Lebensmittelmärkte nur daran, daß man den agrarischen Kreisen im allgemeinen Vorrechte einräumt und Rücksichten entgegenbringt, die für die Arbeiterschaft nicht vorhanden sind. Würde z. B. die letztere ihre Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft in verhältnismäßig gleicher Weise von Anreiz- oder Ermunterungsprämien abhängig machen, so würden gegen sie sicher ganz andere Abwehrmittel als gegen die landwirtschaftlichen Erzeugerkreise zur Anwendung kommen. Darin allein liegt die Ursache des Verlangens und der Stockungen auf dem Gebiete der Volksernährung, soweit nicht der Abschluß von den Auslandsmärkten in Frage kommt. Gerade die gegenwärtige Kartoffelmisere

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 95 — Leipzig, den 19. August 1916

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Verband der Deutschen Buchdrucker

Bilanz am 30. Juni 1916

Einnahmen		Einnahmen und Ausgaben in den Gauen für die Monate Januar, Februar, März 1916				Ausgaben	
		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
Am Saldovortrag vom 31. März 1916		11105	504	17			
„ Einschreibegeld, Beiträgen usw. in den Gauen im 1. Quartal 1916, Zinsen usw.		578	794	73			
	Summa	11684	298	90			
					Per Unterfütungen in den Gauen im 1. Quartal 1916, Verwaltung usw.	457	159
					„ Saldovortrag für 1. Juli 1916	11227	139
					Summa	11684	298

Der Saldo von 11227 139,38 Mk. setzt sich zusammen aus 11160 471,99 Mk. in Wertpapieren, deren Einkaufswert 11068 320,64 Mk. beträgt, 19 140,53 Mk. in bar und 47 526,86 Mk. Vorkauf in den Gauen.

Berlin, den 26. Juli 1916.

Gustav Effer, Kassierer.

Vorstehender Abschluss wurde von mir geprüft und ist mit den ordnungsmäßig geführten Büchern in Übereinstimmung gefunden.

Vorstehender Kassenabschluss ist revidiert, in gehöriger Ordnung befunden und der buchmäßige Tagesabschlussbestand von 19 526,79 Mk. in Belegen und Kasse festgestellt worden.

Berlin, den 3. August 1916.

Berlin, den 2. August 1916.

Max Henniger, gerichtlicher Bücherrevisor

Die Revisionskommission:

beim Königl. Kammergericht und den Königl. Landgerichten I, II und III zu Berlin.

E. Gordian, Eugen Segus, Ernst Gerlach.

Quittung über im 1. Quartal 1916 in den Gauen eingegangene und verausgabte Gelder

Gau:	Einnahmen								Ausgaben																			
	Einschreibegeld		Ordentliche Beiträge		Ordnungsstrafen		Vor resp. Zuschuß für 1. Quartal 1916		Zusammen	Unterfüt. an Reisende	Unterfütung an Arbeitsloje	Unterfütung nach § 25 der Q.-Rechtsätze u. Umzugsh.	Unterfütung an Kranke	Unterfüt. an Unvalideh	Begräbnis-geld	Verwaltung usw.	Zurückbehalt. Vorfuß für 2. Quartal 1916	In die Hauptkasse eingelangt										
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ				
Bayern	53	—	38989	50	—	—	10000	—	49022	50	18	60	565	75	204	—	8929	20	10327	25	3014	—	1951	12	—	24012	58	
Berlin	187	—	86965	30	—	—	—	—	87165	30	6	10	2568	—	1291	25	20105	40	25943	75	8077	—	4373	05	—	24809	57	
Dresden	9	—	17820	60	—	—	—	—	17829	60	5	10	47	50	281	—	3148	—	7013	50	1200	—	891	40	—	5243	10	
Elb- u. Vohringen	5	—	8216	40	—	—	3000	—	11221	40	—	—	329	75	52	—	1738	80	2020	50	—	—	411	07	3000	3669	28	
Erzgebirge-Vogtland	7	—	10932	30	—	—	2000	—	12939	30	—	—	125	75	184	—	1758	60	1140	50	150	—	546	95	3000	6033	50	
Frankfurt-Hessen	21	—	17918	40	4	20	2000	—	19943	60	9	90	709	50	87	—	5362	80	3111	50	1100	—	879	18	—	8665	72	
Hamburg-Altona	6	—	16185	40	—	—	—	—	16191	40	25	10	358	25	162	—	2607	40	3308	—	1000	—	809	55	—	7921	10	
Hannover	5	—	19351	60	2	80	4000	—	23369	40	30	60	28	50	235	—	3292	40	8339	—	550	—	987	95	4000	5915	95	
Leipzig	11	—	35677	10	—	—	5000	—	40688	10	4	20	1036	50	265	—	7370	40	15027	75	3200	—	1783	20	—	12001	05	
Mecklenburg-Vibech	1	—	5189	80	—	—	791	97	5892	77	3	20	23	—	115	—	1153	80	2338	25	—	—	259	54	549	98	1450	—
Mittelrhein	11	—	21413	40	11	—	—	—	21435	40	9	50	109	50	305	—	5213	40	5681	25	1900	—	1072	50	—	7144	25	
Nordwest	3	—	8477	40	—	—	2000	—	10480	40	6	40	18	—	162	—	1501	60	1367	75	150	—	424	02	1000	5818	63	
Oberrhein	14	—	10214	20	—	—	5000	—	15228	20	12	50	51	25	200	—	2841	80	2096	25	600	—	511	30	5000	3915	10	
Oder	17	—	12963	20	—	—	3000	—	15980	20	—	30	71	—	127	—	1627	—	1820	—	300	—	649	—	4000	7385	90	
Osterrhein-Schirringen	1	—	14960	10	—	—	3000	—	17960	10	—	30	120	—	162	—	2577	20	4048	—	900	—	748	—	3000	6404	60	
Oppressen	5	—	6204	—	—	—	—	—	6209	—	1	20	159	25	20	—	946	20	1801	50	200	—	329	40	—	2751	45	
Polen	9	—	3043	50	—	—	3700	—	6752	50	—	—	—	—	—	—	716	20	540	40	300	—	152	58	3700	1343	32	
Rheinland-Westfalen	79	—	50517	50	14	50	—	—	50607	—	—	60	174	—	658	—	9211	60	4124	25	1550	—	2540	63	—	32347	92	
An der Saale	29	—	18886	40	—	—	1234	05	20149	45	—	30	54	—	481	—	3808	20	2637	75	1200	—	945	77	522	43	10500	—
Sachsen	22	—	18454	30	15	—	4000	—	22491	30	1	80	85	75	423	—	3647	60	5421	95	150	—	923	70	4000	7837	50	
Schleswig-Holstein	5	—	7772	80	—	—	—	—	7777	80	4	50	15	75	100	—	565	—	2045	25	350	—	388	89	—	4308	41	
Westpreußen	7	—	4241	40	—	—	—	—	4248	40	1	50	25	—	50	—	562	60	774	—	200	—	212	37	1000	1422	93	
Württemberg	18	—	25225	60	5	—	6475	23	31723	83	22	55	588	50	225	—	7037	60	10021	50	2200	—	1424	23	2945	45	7250	—

Anmerkung: Die Extrablätter, Rückzahlungen und Nachzahlungen sind den ordentlichen Beiträgen, die außerordentlichen Unterfütungen der Unterfütung nach § 25 und Rechtschutz sowie sonstigen Ausgaben in den Gauen den Verwaltungskosten hinzugerechnet.

Bewegungsstatistik des Verbandes der Deutschen Buchdrucker im 1. Quartal 1916

Gau:	Eingang der Mitgliedschaften	Ausgang der Mitgliedschaften bis 30. Juni 1916	Über eingetretene	Wieder eingetretene	Zum 30. Juni zurück	Zugereift	Zum 30. Juni abgereift	abgereift	zum 30. Juni abgereift	über eingetretene	Ständlungslos am Ende		Vorübergehend Erwerbsumsätze									
																			Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage
Bayern	7/6.	2591	33	8	5	45	157	43	281	2	6	5	3	9	2490	65	1066	271	7409			
Berlin	3/6.	6042	101	41	6	166	294	85	514	7	53	54	13	21	5903	363	4704	631	18400			
Dresden	23/6.	1174	8	2	1	25	51	23	67	—	9	1	3	3	1155	12	151	33	2748			
Elb- u. Vohringen	13/5.	492	6	1	5	3	6	3	14	—	—	2	1	—	493	16	654	57	1368			
Erzgebirge-Vogtland	30/4.	720	7	1	1	21	7	21	45	1	—	—	—	2	687	13	215	47	1509			
Frankfurt-Hessen	20/6.	1368	7	4	2	34	66	38	68	1	6	1	—	4	1363	101	922	165	4244			
Hamburg-Altona	14/4.	1105	5	1	2	26	52	12	33	—	5	1	3	5	1132	61	793	90	2141			
Hannover	19/5.	1227	11	2	—	38	25	37	73	—	1	3	1	3	1185	6	91	125	2768			
Leipzig	13/5.	2444	17	1	4	68	182	46	147	3	24	—	—	12	2432	170	4977	222	7343			
Mecklenburg-Vibech	14/5.	354	4	—	—	13	11	18	24	—	—	—	—	—	335	5	31	57	1144			
Mittelrhein	22/5.	1438	8	3	1	75	92	76	114	—	2	2	2	8	1413	16	333	135	4445			
Nordwest	19/6.	556	3	1	—	6	10	10	23	—	3	1	1	1	537	2	15	51	1222			
Oberrhein	3/6.	682	6	4	—	39	32	35	22	1	3	—	—	1	701	6	69	93	2267			
Oder	7/6.	838	12	4	—	30	9	70	53	—	1	1	—	1	763	5	35	61	1141			
Osterrhein-Schirringen	29/5.	920	7	—	—	31	5	36	40	—	4	1	2	2	878	12	433	35	2130			
Oppressen	16/6.	348	10	1	—	5	4	13	14	—	1	—	—	—	340	3	104	39	774			
Polen	31/5.	204	5	1	—	15	6	11	8	—	—	—	—	1	210	1	21	21	714			
Rheinland-Westfalen	9/6.	3324	45	15	4	59	44	73	131	1	27	6	1	9	3243	51	922	222	8420			
An der Saale	13/5.	1225	10	6	—	32	21	57	47	1	2	1	2	5	1179	15	142	132	3420			
Sachsen	24/5.	1222	16	5	—	28	58	41	90	—	1	—	—	1	1195	22	137	103	2972			
Schleswig-Holstein	24/5.	494	6	1	—	26	54	37	32	—	—	—	—	1	510	3	48	26	1020			
Westpreußen	2/6.	272	12	—	1	6	21	5	18	—	2	—	—	1	285	7	83	19	311			
Württemberg	2/5.	1745	11	5	1	48	100	30	180	3	3	4	6	7	1677	21	353	243	5692			
Summa		30785	350	107	33	840	1307	820	2038	20	153	86	43	97	30165	976	16542					

Kannover 1, Mittelrhein 3, Rheinland-Westfalen 1, Schlesien 5, Württemberg 1 (zusammen 16 Mitglieder) befragt.

4. Invalidenunterstützung. Gemäß den Bestimmungen des Vorstandes vom 6. Oktober 1913 wurden als dauernd Erwerbsunfähige (Invaliden) anerkannt und denselben die Unterstützung bewilligt: im Gau Bayern: 1. der 69jährige Drucker Karl Wohlauf aus Weiskirchen in Pfalz-Schlesien (Arterienverkalkung), 2. der 41jährige Seher Leonhard Blommer aus Tölz (Lungenarterienverhärtung); im Gau Berlin: 3. der 32jährige Drucker Paul Klob aus Berlin (Lungenarterienverhärtung), 4. der 40jährige Seher Otto Beck aus Berlin (progressive Paralyse), 5. der 31jährige Seher Ernst Mechtenburg aus Selgen (L.M.) (Lungenarterienverhärtung), 6. der 37jährige Seher Wilhelm Venz aus Berlin (Gehirnerweichung), 7. der 42jährige Drucker Gustav Rother aus Berlin (Lungenarterienverhärtung), 8. der 55jährige Seher Richard Weber aus Berlin (Nervenschwäche und Herzklappen), 9. der 39jährige Seher Hermann Schugart aus Berlin (Lungenarterienverhärtung), 10. der 57jährige Seher Albert Panzin aus Steftin (chron. Rheumatismus), 11. der 73jährige Drucker Hermann Randow aus Berlin (Allterschwäche und Augenleiden), 12. der 60jährige Seher Emil Drechsler aus Spanbau (Herzvergrößerung und Gefäßverhärtung), 13. der 63jährige Drucker Friedrich Wolff aus Berlin (Schlaganfall und Augenleiden), 14. der 59jährige Seher Karl Pauli aus Burgstädt (Lungenkrebs), 15. der 53jährige Seher Karl Burghardt aus Heiligenstadt (Nieren- und Blasenleiden); im Gau Dresden: 16. der 66jährige Drucker Gustav Weiß aus Dresden (Nervenleiden), 17. der 56jährige Seher Paul Hoffmann aus Görlitz (chronische

Aberhautentzündung), 18. der 50jährige Seher Paul Rudolph aus Liebfeld (Herz- und Nierenleiden); im Gau Elsaß-Lothringen: 19. der 32jährige Seher Ignaz Riehard aus Wimblich (chron. Lungenleiden), 20. der 52jährige Seher Joseph Bildt aus Straßburg i. E. (Nervenleiden); im Gau Hamburg-Altona: 21. der 66jährige Seher C. Deuschmann aus Hagenow (Lungenarterienverhärtung, Allterschwäche), 22. der 60jährige Seher W. F. B. Schwach aus Berlin (allgemeine Schwäche und Nervenleiden infolge Pfeilergiftung), 23. der 73jährige Seher C. W. Möller aus Hamburg (Augenleiden); im Gau Hannover: 24. der 62jährige Seher Sulfus Wasmuth aus Eise (Schlaganfall), 25. der 39jährige Seher Julius Kricher aus Grünberg (Nervenleiden); im Gau Leipzig: 26. der 56jährige Seher Karl Hofmann aus Neugersdorf (Sicht, allgemeine Nervenleiden, Arteriosklerose und mäßige Herzvergrößerung), 27. der 59jährige Drucker Albert Keil aus Breitenbach bei Zeitz (Aberverhärtung und Folgen eines Schlaganfalls), 28. der 47jährige Drucker Oskar Zimmermann aus Wendorf bei Leipzig (Lungenarterienverhärtung); im Gau Mecklenburg-Vorpommern: 29. der 59jährige Seher Franz Schlotmann aus Rostock (Arterienverhärtung, Krampfadern), 30. der 65jährige Seher Karl Müller aus Rolenberg in Oberhavel (Arteriosklerose und doppelseitiger Leistenbruch); im Gau Mittelrhein: 31. der 33jährige Seher Peter Büchel aus Beaumarais bei Carlsruhe (Nieren- und Lungenleiden), 32. der 61jährige Seher Martin Harimann aus Seidelberg (Lungenleiden); im Gau Nordwest: 33. der 37jährige Seher Tönjes Grünfeld aus Norden (Herznerenschwäche); im Gau Osterrheinland-Thüringen: 34. der 34jährige Seher Oskar

Beckstedt aus Langensalza (Ningensverengung an beiden Armen), 35. der 29jährige Seher Kurt Lichtenstein aus Alfenburg (Magen- und Herzleiden); im Gau Rheinland-Westfalen: 36. der 35jährige Seher Paul Uhrmeister aus Hilde i. Westfalen (Lungenleiden), 37. der 56jährige Seher Balthasar Zunker aus Gaderath (chron. Lungenarterienverhärtung); im Gau An der Saale: 38. der 30jährige Seher Franz Gilcher aus Gröbzig (Betriebsunfall); im Gau Württemberg: 39. der 54jährige Seher Hermann Störk aus Rauchenwies (Tschias, Lungenarterienverhärtung), 40. der 60jährige Seher Albert Kappler aus Karlsruhe (Arteriosklerose und Herzschwäche), 41. der 44jährige Seher Friedrich Oberle aus Stuttgart (Lungenarterienverhärtung), 42. der 55jährige Seher Karl Grau aus Stuttgart (Alltersstar beider Augen), 43. der 61jährige Drucker Jakob Beck aus Seslach (Arteriosklerose), 44. der 64jährige Seher Albert Kneule aus Tübingen (Herklopfleiden), 45. der 60jährige Seher Friedrich Spörr aus Lomersheim (Arteriosklerose).

Invalidenstand: Abgenommen vom 1. Quartal 1916: 1105, neu hinzugekommen 45, wieder in Bezug getreten 9 = 1157 Invaliden; hiervon Abgang 42 (gestorben 29, außer Bezug der Unterstützung getreten 13), bleibt Invalidenstand 1115.

5. Verwallung. Versand von vier Zirkularen informatorischen Charakters an die Gauvorstände.

6. Geschäftsverkehr in den Monaten Januar bis März: 1368 eingegangene und 815 abgegangene Postsendungen.

Züchtige
Maschinenmeister
mit Anlageapparat vertraut, verlangt
S. G. Hermann, Berlin SW 19,
Zeuthstraße 8.

Seherblusen
echt blauweiß gestreift u. in jeder Farbe:
809) 110 120 130 140cmg.
Qual. extra Pa. 3,60, 3,80, 4,00, 4,20 Mk.
" extra 3,40, 3,60, 3,80, 4,00 "
" Pa. 3,15, 3,35, 3,50, 3,70 "
" I 2,95, 3,10, 3,25, 3,50 "
" II 2,65, 2,85, 3,00, 3,20 "
" III 2,35, 2,50, 2,70, 2,90 "
Maschinenmeisteranzüge zu 2,50-6 Mk.
Mit nur 40 Proz. Aufschlag.
Arno Chold in Gera (A.)
Fabrik für Berufsbekleidung, Wäsche.

Maschinenmeister
in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit
Allers- und Lohnangabe an die [131]
Oberhardtsche Hof- und Maschinenfabrik,
Wismar an der Dörsch.

Täglich frisch aus dem Rauch!
Mittlere Fechtbüchlinge
Poltholl 60-80 Stück Inhalt, 8,50-10,50 Mk.
Spross-Büchlinge Poltholl 120
Stück Inhalt, 10-11 Mk., alles franco Nachnahme.
Joh. Brause, Maschinenfabrik, Chemnitz.

Züchtiger
Maschinenmeister
für Flachdruck sofort bei gutem Lohn gesucht.
Göhrer & Hüsten, Leipzig, Johannisgasse 8.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photomechanische Verfahren.
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Prospekte frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

Maschinenmeister
möglichst mit Anlageapparat vertraut, für dauernd
gesucht. Geeigneter Lohn wird Gehaltszeit zur
Ausbildung an Zweifeldmaschinen gegeben.
Johannes Bähler, Dresden, Gr. Klosterstraße 5.

Zeitzahlung.
Uhren und Goldwaren, Photoartikel,
Sprechmaschinen, Musikinstrumente,
Vaterländischer Schmuck.
Kataloge gratis und franco liefern
Sonak & Co., Berlin A. 407,
Bellevue-Allianz-Str. 7/10.

Züchtigen
Maschinenmeister
für besseren Verh., Platten- und Illustrationsdruck
für sofort oder 14 Tage nach Engagement in
Dauerstellung gesucht. Bewerber die gewissen-
haft und gut zu arbeiten verstehen und mit dem
neuesten Typ des Universalanlegeapparats Bescheid
wissen, wollen mit Gehaltsangabe gefl. Angebote
abgeben. [142]
Hof- und Steindruckerei
Dietrich & Bräuner, Weimar.

Leipzig Gaffhaus Friedrichstr. 9
„Zum Goldenen Winkelhaken“
Empfehle meine freundlichen Lokalitäten; gute,
saubere Übernachtung. B. verno. Medam.

Züchtiger, junger
Buchdruckmaschinenmeister
für Maschinenbau findet sofort dauernde Stellung.
Gefl. Angebote mit Lohnanspruch und Zeugnis-
abschriften an [120]
Buch- und Kunstdruckerei Holzseimar G.m.b.H.,
Holzseimar bei Kassel (Hessen-Nassau).

Wiederum haben wir dem Völkerringen
ein Opfer aus unsern Reihen bringen
müssen, den Seher [153]
Gustav Dähnke
geboren am 12. August 1891 in Quaken-
brück.
Er war uns stets ein lebenswürdiger
Kollege und wir werden sein Andenken
in Ehren halten.
Ortsverein Emsen,
Bezirksverein Ostfriesland.

Züchtigen
Schweizerdegen
suchen sofort [143]
Wilhelm Meißner Nachf., Buchdruckerei,
Wittenfeld (Bez. Halle a. S.).

Am 17. Juli fiel als weiteres Opfer des
Völkerringes unser liebes Mitglied, der
Seher [145]
Otto Eichert
Gefreiter im Inf.-Reg. Nr. 51
Ritter des Eisernen Kreuzes
im 23. Lebensjahre.
Wir werden auch diesem jungen Kol-
legen ein bleibendes Gedächtnis fernerhin
bewahren.
Möge ihm die Erde leicht sein in Feindes-
land.
Breslau, 13. August 1916.
Berein „Osternberg“.

Züchtige [136]
Komplettgießer
sucht Schriftgießerei Brüh & Glöck,
Frankfurt a. M.

Linotypesetzer
sucht sofort Stellung. Offerten erbeten unter
Nr. 151 an die Geschäftsstelle d. Bl.
Flotter
Linotypesetzer
sucht gutbezahlte und dauernde Stellung (Militär:
d. a. D.) Offerten an H. H., Reutlingen, Lederstr. 150.

Der Weltkrieg forderte das viele Opfer
von unserm Bezirk. Am 5. August fiel
der Metzker [144]
Valentin Weber
aus Herzheim bei Landau, im 30. Lebens-
jahre.
Ein treues Gedächtnis bewahrt ihm
Der Bezirksverein Landau (Pfalz).

Abmalm hat der Weltkrieg ein braves
Mitglied aus unsern Reihen gerufen. Es
erlitt den Tod auf dem Schlachtfeld unser
lieber Kollege, der Seher [140]
Wilhelm Kahler
geboren in Essen am 22. Januar 1889.
Ehre seinem Andenken!
Ortsverein Essen (Ruhr).

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht,
den Verlust von zwei lieben Kollegen be-
kannzugeben. Aus dem blühenden Kriegs-
schauplatz fiel der Maschinenseher [154]
Wilhelm Heinze
im Alter von 39 Jahren, und in Frank-
reich mußte der Maschinenseher
Franz Bohlken
im Alter von 20 Jahren sein junges Leben
hingeben.
Für Andenken werden wir stets in
Ehren halten.
Ortsverein Ruffingen-Wilhelmshaven.

Am 4. August verstarb in einem Feld-
lazarett an der Somme unser lieber Kollege
Gustav Blauerf.
Wir werden diesem Kollegen stets ein
treues Andenken bewahren.
Die Kollegen der Büchsenbuchdruckerei
Denter & Nicolas, Berlin.

Im jugendlichen Alter von 20 Jahren
fiel auf dem westlichen Kriegsschauplatz
der Maschinenseher [149]
Franz Bohlken
aus Bremen, zuletzt in Wilhelms-
hafen konditionierend.
Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm
Der Maschinenseherverein „Nordwest“
(Süd Bremen).

- Von den
Mitgliedern des Buchdrucker-
vereins in Hamburg-Altona
(Gau D. V. d. D. V.)
erlitten den Tod auf dem
Schlachtfelde
(Liste 5):
Bade, Fr. (S.), geb. in Eckern-
förde 11./11. 1888.
Fehlandt, H. (S.), geb. in Ham-
burg 25./2. 1890.
Fierenz, F. (Dr.), geb. in Hamburg
22./4. 1893.
Heberlein, W. H. (S.), geb. in
Hamburg 20./10. 1891.
Heide, Fr. (Sier.), geb. in Ham-
burg 7./4. 1881.
Heise, Th. (Dr.), geb. in Hamburg
28./11. 1889.
Heimann, H. (S.), geb. in Ham-
burg 28./6. 1892.
Jürges, H. (S.), geb. in Hamburg
18./11. 1892.
Kreuthmann, H. (S.), geb. in Ham-
burg 26./6. 1883.
Kuhn, Ad. (S.), geb. in Hamburg
15./7. 1882.
Mechtenburg, J. (S.), geb. in
Altona 19./1. 1877.
Meudner, R. (S.), geb. in Wands-
bek 11./1. 1887.
Mühmann, M. (S.), geb. in Greifs-
wald 26./2. 1878.
Pauch, F. (S.), geb. in Hamburg
20./1. 1883.
Rinow, H. (S.), geb. in Hamburg
18./7. 1895.
Rumpf, M. (S.), geb. in Hamburg
9./1. 1892.
aus der Ruffen, H. (S.), geb. in
Pinneberg 27./3. 1876.
Sand, W. (S.), geb. in Wandsbek
10./7. 1891.
Schlie, H. (Dr.), geb. in Hamburg
13./2. 1885.
Stahl, G. (Dr.), geb. in Altona
14./8. 1887.
Tiele, H. (S.), geb. in Brome
19./9. 1886.
Ehre ihrem Andenken!

Als Opfer des gewaltigen Völkerringens
fiel am 31. Juli unser lieber Kollege und
Mitarbeiter, der Seher [147]
Willi Kaminski
aus Wehlau.
Sein aufrichtiger Charakter und freunds-
liches Wesen sichern ihm ein dauerndes
Andenken.
Das Personal der Buchdruckerei
Langenscheidt, Berlin-Schöneberg.

Mein langjähriger treuer Mitarbeiter
Herr Willi Kaminski
fiel am 31. Juli im Kampfe für die Ehre
unseres Vaterlandes.
Unvergessen soll er bleiben.
Berlin-Schöneberg.
Fr. Wimmer, Faktor.

Unser Kollegenkreis hat wieder zwei
Opfer des Kriegs zu beklagen. Am 19. Juli
fiel bei Longueval der Unteroffizier [146]
Max Isbrandt
und sein Bruder
Otto Isbrandt
erlag seiner schweren Verwundung am
3. August im Lazarett zu Wilna.
Wir verlieren zwei tüchtige und gute
Seherkollegen, die uns unvergessen bleiben
werden.
Die Kollegen der Hofbuchdruckerei
Hermann Bergmann, Berlin.

Am 17. Juli fiel als weiteres Opfer des
Völkerringes unser liebes Mitglied, der
Seher [145]
Otto Eichert
Gefreiter im Inf.-Reg. Nr. 51
Ritter des Eisernen Kreuzes
im 23. Lebensjahre.
Wir werden auch diesem jungen Kol-
legen ein bleibendes Gedächtnis fernerhin
bewahren.
Möge ihm die Erde leicht sein in Feindes-
land.
Breslau, 13. August 1916.
Berein „Osternberg“.